Naunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Austräger Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit einer vierseitigen Illustrierten Sonntagsbeilage

Verlag und Druck: Günz & Eule, Naunhof.
Redaktion: Robert Günz, Naunhof.

Ankündigungen:
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pfg. die fünfgespaltene Zeile, an erster Stelle und für Auswärtige 12 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 31. Freitag, den 12. März 1909. 20. Jahrgang.

Freitag Stadtgemeinderatssitzung.

Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, 12. März 1909,
abends **8** Uhr.

Tagesordnung:

1. Baujachen.
2. Bebauungsplan der Landhaus-Baugesellschaft Erdmannshain.
3. Gesuch eines Mieters im Grundstücke Leipziger Straße 48 N um sofortige Entlassung aus dem Mietsverhältnis.
4. Verteilung des vorjährigen Sparkassen-Ueberschusses.
5. Regelung der Gemeindebeamten-Gehalte.
6. Gesuche um Versorgung der Melanchthon-Straße mit Gas.
7. Einrichtung der kaufmännischen Buchführung für die Gasanstalt.

Heiß ist der Kampf um das Finanz-Kompromiß

in der Reichstagskommission entbrannt, und der Ton, in welchem er geführt wird, hat eine bedenkliche Schärfe genommen.

In der „Köln. Ztg." werden einer „hochgeschätzten" Seite folgende Aeußerungen in den Mund gelegt: „Die Ablehnung der Nachlaßsteuer durch die Finanz-Kommission des Reichstages ist der eklatanteste Beweis für die politische Unreife dieser Körperschaft. Ich kann und will nicht glauben, daß die Reichsregierung sich ihren Plan aus den Händen winden läßt. Jetzt heißt es für die Regierung: mit der Vorlage stehen oder fallen, denn die Verwerfung der Nachlaßsteuer bedeutet den Sieg einer einseitigen Interessen-Vertretung, den die Regierung nicht hinnehmen darf, wenn sie nicht ihre Autorität verlieren will. Ich würde keinen Augenblick davor zurückschrecken, den Reichstag aufzulösen, auch wenn Steuern ein schlechtes Wahlprogramm bieten."

Hocherbittert über diese Zeilen, die sie eine „Verhetzung" nennt, ist die „Dtsch. Tagesztg.", die Vertreterin des Bundes der „Landwirte, der am schärfsten die Nachlaßsteuer bekämpfte; sie fordert den Namen dieser „hochgeschätzten" Seite, indem sie schreibt: Nachdem sich die „Köln. Ztg." dazu hergegeben hat, in einem Augenblicke, wo alle von vaterländischem Verantwortlichkeitsgefühl beseelten Kräfte tätig sind, um das große Werk der Reichsfinanzreform auf gute gangbare Wege zu bringen, höchst gefährliche Quertreibereien zu unterstützen, wird sie nicht umhin können, die hochgeschätzte Seite näher zu bezeichnen. Sie hat sonst zu gewärtigen, daß ihre Ernsthaftigkeit auch bei anderen Gelegenheiten in ein wenig beneidenswertes Licht kommt. An der Nennung des Namens der höchstgeschätzten Seite ist vor allem aber auch die nationale Partei interessiert."

Inzwischen haben, wie behauptet wird, der bayrische und der sächsische Finanzminister schon direkt gegen das Kompromiß protestiert. Auch der Bundesrat soll gegen den Kompromißantrag der Finanz-Kommission nicht nur ernste Bedenken hegen, sondern fest entschlossen sein, den Antrag abzulehnen. Fürst Bülow sagte, seine Person komme bei der Reformfrage überhaupt nicht in Betracht, er lebe als Privatmann bequemer und angenehmer, als wenn er Reichskanzler bleibe. Es sei auch nicht seine Schuld, wenn der Block der großen Aufgabe, die im Interesse des Reiches unbedingt gebotene Finanzreform zustande zu bringen, nicht gewachsen sei. Ein Fortschritt sei immerhin darin zu erkennen, daß die Mehrheitsparteien es einsehen, daß die Höhe der von der Regierung geforderten Mehreinkünfte des Reiches gerechtfertigt sei. Folgende parteioffiziöse Erklärung wird von der „Kons. Korr." veröffentlicht.

„In der Steuerkommission des Reichstags ist ein vorläufiger Beschluß über Aufbringung sogenannter „Besitz"-Steuern zustande gekommen, dem auch die konservativen Mitglieder zugestimmt haben. Diese Zustimmung hat sich indes nur auf die erste Lesung der Vorlage bezogen und muß um so mehr als eine durchaus bedingte angesehen werden, als jener obenerwähnte Beschluß zweifellos Eingriffe in die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten enthält, denen kaum die Mehrheit, keinesfalls aber die gesamte konservative Fraktion wird zustimmen können. Dieses haben auch die konservativen Kommissionsmitglieder bei Motivierung ihrer Abstimmung erklärt, und man wird deshalb jener Zustimmung nur eine taktische Bedeutung behufs Ermöglichung der Weiterberatung der gesamten Vorlage beimessen dürfen. In der Sache selbst hat die konservative Fraktion völlig freie Hand." Danach ist auch die Zustimmung der konservativen Partei zu dem Kompromiß als eine recht bedingte und völlig unverbindliche anzusehen.

So liegen die Dinge, und man müßte, wie der Vogel Strauß, den Kopf im Sande vergraben, wenn man nicht erkennen wollte, daß das Schicksal der Reichsfinanzreform, unter der gegenwärtigen Heranziehung der Kräfte, ein mehr als ungewisses ist.

* Der **kranken Reichsfinanzreform** sucht man durch alle erdenklichen Mittel zu Kraft und Gesundheit zu verhelfen. Soeben kommen die „Berl. N. N." mit dem nicht mehr ganz neuen Vorschlage, doch trotz der gewagten aussichtslosen Experimente die Wehrsteuer einzuführen, deren Betrag ein sehr bedeutender sein würde. Das Blatt fordert den preußischen Kriegsminister auf, durch Veröffentlichung entsprechender Listen Gelegenheit zur Aufstellung genauerer Berechnungen zu bieten. — Andererseits taucht auch immer wieder die in der ersten Kommissions-Lesung abgelehnte Nachlaßsteuer aus der Versenkung auf und man betont, daß auch innerhalb der konservativen Partei Anhänger dieser Steuer zu finden sind, wie soeben wieder eine konservative Versammlung in Perleberg bewiesen habe.

Eine Gefahr für die „freien" Gewerkschaften.

Der Kyffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände, die berufene Gesamtvertretung des deutschen Kriegervereinswesens, hat auf seinem Vertretertag im Jahre 1907 als einmütige Meinung aller deutschen Landes-Kriegerverbände folgende Erklärung angenommen: „Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen." Diese Kriegserklärung an die Sozialdemokratie ist von ihr mit gutem Grunde als solche erkannt und beantwortet worden. Während die weitverbreitete sozialdemokratische Presse bisher für die Kriegervereine nur Spott, Hohn und Schimpf hatte, scheint ihr die Gefahr, die ihr von der Kriegervereinsbewegung droht, nunmehr zum Bewußtsein zu kommen.

Auch die Parteiorganisationen fangen an, die Kriegervereine ernsthaft zu betrachten, und denken an Abwehrmaßregeln. Ein von Schmähungen gegen die Kriegervereine erfülltes, offenbar aus dem Preßbureau des Parteivorstandes stammendes Flugblatt wurde im Herbst 1908 an die Reservisten verteilt; in diesem wurden die Leistungen der Kriegervereine auf das möglichste herabgesetzt, während die freien Gewerkschaften in den Himmel gehoben wurden, der Zweck war, die Reservisten gegen die Kriegervereine einzunehmen und für die Gewerkschaften zu gewinnen. Dies Vorgehen der Sozialdemokratie ist begreiflich. In der Tat, wenn es den Kriegervereinen gelingt den Zuzug der Arbeiter, welche Soldaten gewesen sind, zu den freien Gewerkschaften in wesentlichem zu hindern, so wird der Sozialdemokratie dadurch erheblicher Abbruch getan. In seiner vom Bureau des Preußischen Landes-Kriegerverbandes in Berlin für 25 Pf. zu beziehenden Schrift über „Kriegervereine und Arbeitervereinigungen" führt Geheimer Regierungsrat Dr. Westphal einige Zahlen an, die es beweisen.

Bei der Reichstagswahl 1907 wurden 3¼ Millionen sozialdemokratischer Stimmen abgegeben. In der sozialdemokratischen Parteiorganisation waren aber 1907 nur 530 000 und 1908 erst 587 000 „Genossen", während die freien Gewerkschaften in dieser Zeit nahezu 2 Millionen Mitglieder hatten, Es muß der Sozialdemokratie also darauf ankommen, nicht nur aus diesen 2 Millionen mit der Zeit wirkliche Parteigenossen zu machen, sondern auch weitere Scharen durch das Mittel der Gewerkschaften für sich zu gewinnen. Die Bewegung der Kriegervereine gegen die Gewerkschaften ist daher, wenn sie gelingen sollte, für die Sozialdemokratie eine ernste Gefahr. Damit sie aber zu einer solchen wirklich wird, müssen sämtliche Kriegervereine, vom größten bis zum kleinsten, in Dorf und Stadt, im Norden wie im Süden, von der Tatsache durchdrungen sein, daß die „freien" Gewerkschaften sozialdemokratische Einrichtungen sind und daß die Mitglieder der Kriegervereine ihnen daher nicht angehören dürfen.

Die Aufstiege des „Zeppelin I".

Im Gegensatz zu der rauhen windigen Witterung am Tage vorher, herrschte am Dienstag sonniges, fast windstilles Wetter, wie es für die ersten Uebungsfahrten des Reichs-Luftschiffes mit militärischer Besatzung nicht besser zu wünschen war. Um 9¼ Uhr wurde das Luftschiff aus der Halle gezogen und stieg in gewohnter Weise rasch auf 100 bis 150 Meter. Graf Zeppelin, der ursprünglich die Absicht hatte, den Flug des Fahrzeuges von der Halle aus zu verfolgen, ließ sich schließlich doch bewegen, die erste militärische Uebungsfahrt selbst mitzumachen. Außerdem beteiligten sich noch der junge Graf Zeppelin, Major Sperling und Hauptmann von Jena. Nach einer Rundfahrt über die Manzeller Bucht erfolgte um 10 Uhr ein Abstieg bei der Halle zur Vornahme eines Passagierwechsels. Nach 11 Uhr wurde dann der zweite Aufstieg unternommen, der ebenfalls glatt vor sich ging. Dann flog das Luftschiff, dem deutschen Ufer folgend, bis Lindau und kehrte über der Mitte des Sees nach Manzell zurück, wo gegen ½1 Uhr wieder gelandet wurde. Zum dritten Aufstieg fuhr das Luftschiff ohne jegliche fremde Hilfe mit eigner Kraft aus der Ballonhalle heraus. Es stieg bedeutend höher als am Vormittag, etwa 300 bis 400 Meter hoch, und fuhr dann bei Meersburg über den Ueberlinger See bis an dessen Ende bei Ludwigshafen. Hier machte es kehrt und fuhr, den ganzen See entlang, nach Bregenz, dann auf der schweizerischen Seite bis Rohrschach, hierauf quer über den See nach Friedrichshafen zurück. Dann machte der „Zeppelin I" eine Schwenkung und fuhr über das Gelände, auf dem die neue Ballonhalle errichtet wird. Um 5 Uhr erfolgte eine glatte Landung. Die auf dieser dritten Uebungsfahrt zurückgelegte Strecke beträgt in der Luftlinie etwa 180 bis 200 Kilometer. Zu dieser Strecke hat das Luftschiff 2½ Stunden gebraucht. Die Geschwindigkeit des „Zeppelin I" betrug schätzungsweise auch bei Gegenwind 13 Sekundenmeter. Mit den wohlgelungenen Uebungsfahrten haben die Militärluftschiffer neben der Erkenntnis der Behandlung des Luftschiffes auch einen vorläufigen Ueberblick über das Gelände am Bodensee erhalten. Graf Zeppelin hat an der dritten Fahrt ebenfalls nicht teilgenommen.

Bergung der ersten Leiche auf Zeche Radbod.

Hamm, 10. März. Nachdem man gestern auf Zeche Radbod bei den Aufräumungsarbeiten bis an die erste Leiche gelangt war, fand heute morgen um ½11 Uhr die Befahrung der zweiten Sohle durch den Untersuchungsrichter und drei weiteren Beamten der Staatsanwaltschaft Münster statt. Außerdem nahmen an der Befahrung teil Vertreter vom Oberbergamt Dortmund, vom Bergrevier Hamm und von der Knappschaftspolizei Hövel sowie der Kreisarzt des Kreises Lüdinghausen und der Knappschaftsarzt Dr. Mayer. Der Arbeiterausschuß war schon gestern abend eingefahren. Eine Leiche war freigelegt. Sie wurde unten eingesargt und zu Tage gefördert. Nach Aussage des Kreisarztes war sie vollständig mumifiziert, ganz verbrannt und unkenntlich. Eine weitere Leiche ist schon sichtbar, muß aber noch freigelegt werden, da sie sich ganz unter Steinen befindet. Auf der Zeche ist alles still und ruhig. Kleinere Ansammlungen haben stattgefunden. Gegen 11 Uhr traf von Münster ein Dezernent für das Gesundheitswesen und ein Medizinalrat ein. Auch ein Gendarmeriekommando ist heute vormittag angelangt.

Die Aufräumungsarbeiten auf der Zeche mußten sofort nach dem Unglück vom 12. November v. J. eingestellt werden, da es zur Löschung der durch die Explosion entstandenen Brände nötig war, die ganze Grube unter Wasser zu setzen und vollständig zu schließen. Von den 380 Arbeitern und sechs Beamten die in der Unglücksnacht angefahren waren, konnten nur 17 unverletzt zutage gefördert werden; 40 brachte man tot oder schwer verletzt herauf, so daß noch 329 Leichen der Bergung harren. Nachdem man durch die eingegumpten Wassermassen das in der Grube wütende Feuer zum Erlöschen gebracht hatte, begann man Anfang Februar mit dem Herausschaffen der Wassermassen. Diese Arbeit ist jetzt vor kurzem beendet worden.

Verhetzung der Jugend.

Eingedenk des Wortes: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft", überschwemmt der sozialdemokratische „Bildungsausschuß" die Jugend mit Hetzschriften aller Art. Zur Kennzeichnung sei ein Beispiel angeführt. „Genossin" Klara Zetkin gibt eine Schrift heraus, die sich „Gleichheit" nennt und eine „Beilage für unsere Kinder" enthält. Darin steht eine Neujahrsbetrachtung „für Kinder", die von Haß und Kampf strotzt und am Schluß folgende „Betrachtung" enthält: „Es ist drei Minuten vor zwölf. Meine Lieben schlafen noch immer. Die Kleine lächelt im Schlafe. Ich mag sie nicht wecken. Die Wanduhr tickt lauter, als wüßte sie, daß sie gleich das neue Jahr verkünden soll. Ich stehe leise auf und öffne den Flügel des Fensters. Totenstille. Mein Herz klopft überlaut. Vom Turm dröhnen die zwölf Glockenschläge durch die Nacht. Eins! Das ist die Ausbeutung. Zwei! Das ist die Knechtschaft. Drei! Das ist die Not. Vier! Das ist die Unwissenheit. Fünf! Das ist das Geißelheer der Krankheiten. Sechs! Das ist der Tod. — Hörbar schlägt mein Herz, und meine Fäuste ballen sich. Sieben! Das grollte der Zorn. Acht! Das schrie die Wut. Neun! Das rief die Kraft. Zehn! Das fordert zum Kampf. Elf! Das jauchzt der Sieg. Zwölf! Das jubelt die Freiheit. Freiheit läuten die Glocken, und am Himmel glänzt wieder der Stern meiner Ju-